# Pressemitteilung

## “Stoppt das Horrorexamen” – Fachschaft Jura Kiel startet Petition gegen Verschärfung des Examens

**Justizministerin von der Decken plant eine drastische Verschärfung der Prüfungsbdedingungen im ersten juristischen Staatsexamen. Schleswig-Holsteins Studierende sollen die härtesten Prüfungsbedingungen in ganz Deutschland bekommen. Die Fachschaft Jura an der CAU Kiel protestiert lautstark.**

Das erste juristische Staatsexamen gilt als eine der schwersten Prüfung in Deutschland überhaupt. Bisher sechs fünfstündige Klausuren innerhalb von 10 Tagen entscheiden über den Erfolg und das Bestehen eines fünfjährigen Studiums. Eineinhalb Jahre bereiten sich Studierende gewöhnlich auf diese Prüfung vor, eine Zeit, die von einer enormen psychischen Belastung der Studierenden gekennzeichnet ist. An diesem Modell, das noch auf einer preußischen Regelung aus dem Jahr 1869 basiert, gibt es seit Jahrzehnten viel Kritik[1]. Doch das Schleswig-Holsteinische Justizministerium um Ministerin von der Decken sieht offenbar keinen Bedarf zur Reform. Stattdessen plant es nun eine weitere drastische Verschärfung der Prüfungsbedingungen. Anstatt sechs, sollen zukünftig sieben Klausuren in der gleichen Zeit geschrieben, Ruhetage gestrichen, der Prüfungsstoff erweitert werden. Aus – wie das Ministerium zur Begründung anführt – Kostengründen. Derart viele Klausuren in so kurzer Zeit gibt es bisher in keinem anderen deutschen Bundesland.

**“Ein echter Skandal”,** findet die Fachschaft Jura an der CAU Kiel und hat nun eine Petition im Schleswig-Holsteinischen Landtag gestartet, die auf der Website des Landtages unterzeichnet werden kann.[2] “Die Neuregelung führt zu völlig **untragbaren Prüfungsbedingungen** und macht die ‘erste juristische Staatsprüfung’ zu einem echten **Horrorexamen** für die Studierenden.”, so Hans-Christian Petersen, Vorsitzender der Fachschaft. Das alles fällt in eine Zeit des Fachkräftemangels, in der die chronisch überlastete Justiz juristischen Nachwuchs dringender denn je benötigen würde. “Die Reform setzt ein völlig falsches Signal. Das Jurastudium in Schleswig-Holstein wird durch diese Reform noch unattraktiver.“

Dabei klang dies im Koalitionsvertrag noch ganz anders: Darin wurde mit Blick auf das juristische Examen angekündigt, „keine zusätzlichen Belastungen für die Studierenden zu schaffen“[3]. Nun die Kehrtwende, laut Petersen „ein klarer Bruch des Koalitionsversprechens“. Die Fachschaft sieht den Ministerpräsidenten in der Pflicht: „Ministerpräsident Günther muss das Vorhaben stoppen, um die Glaubwürdigkeit der Landesregierung zu wahren.“ Doch diese setzt auf eine schnelle Umsetzung. Möglichst noch vor der Sommerpause soll die neugefasste Juristenausbildungsverordnung[4], in der sich die Änderungen wiederfinden, vom Kabinett verabschiedet werden. Diese zeitliche Eile würde

[1] Instruktiv aus jüngster Zeit: https://www.deutschlandfunk.de/jura-studium-reform-bachelor-staatsexamen-100.html; https://jurios.de/2023/05/23/die-iur-reform-studie-ist-da-es-ist-zeit-fuer-eine-neue-juristische-ausbildung/.

[2] https://www.landtag.ltsh.de/oepetition/petitionsdetails?id=685

[3] S. 113 des Koalitionsvertrages, https://sh-gruene.de/wp-content/uploads/2022/06/Koalitionsvertrag-2022-2027_.pdf

[4] http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl20/unterrichtungen/00000/unterrichtung-20-00073.pdf

sich die Fachschaft lieber an anderer Stelle wünschen. Das Examen am Computer, das in vielen anderen Bundesländern schon kurz vor der Einführung steht, wird in Schleswig-Holstein wohl noch viele Jahre dauern. Die FAZ bezeichnete Schleswig-Holstein jüngst als „digitales Schlusslicht“.[5] „Schleswig-Holstein setzt mit der Novelle völlig falsche Prioritäten verschläft die Digitalisierung.“, so das enttäuschende Fazit Hans-Christian Petersens.

[5] https://www.faz.net/einspruch/wann-wird-das-e-examen-eingefuehrt-18606527.html